

21. APR



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/XV/91 - 21. April 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

Nur veröffentlicht in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3

Überwindung der Gegensätze

114

Auf dem Weg zum Gipfel

Von Herbert Wehner,  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

5

Ohne Illusionen

30

Der Alarmruf des Staatssekretärs Nahn

4 - 4a

Mit zweierlei Mass

75

Betrachtungen zum Thema "Wiedergutmachung"

5 - 6

Von Kiel nach Karlsruhe

100

Vor dem Parteitag der CDU

Von Franz Bursig

7

250 Atomkraftwerke

40

Perspektiven der Gesamtwirtschaft

\* \* \*  
\* \* \*

Überwindung der Gegensätze

Auf dem Weg zum Gipfel

Von Herbert Wehner,

Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Es ist bezeichnend für die augenblickliche politische Situation, daß keiner der führenden Staatsmänner in West und Ost bindende Voraussagen für den Verlauf und die Ergebnisse der anstehenden Konferenzen machen will. Das ist menschlich wohl verständlich, aber es läßt diejenigen, die gehofft hatten, Anhaltspunkte für die nächste Wegstrecke zu erfahren, weiter im Unklaren.

Immerhin darf man nach gewissenhafter Prüfung sagen, daß offenbar in Ost und West maßgebende Staatsmänner darin übereinstimmen, einer friedlichen Entwicklung, das heißt einer Überwindung der Gegensätze ohne allgemeinen Krieg, das Wort zu reden. Diese Übereinstimmung ist wahrscheinlich vor allem der Einsicht zu verdanken, daß ein allgemeiner Krieg verheerend für alle sein würde.

Die Übereinstimmung in der ausgeprägten Abneigung gegen einen mit den modernen Massenvernichtungsmitteln geführten Krieg gibt allerdings noch keine Antwort auf die Frage nach dem Grad der Bereitschaft zur Überwindung der Gegensätze selbst. Ob man einander in absehbarer Zeit näherkommen wird, das heißt, ob man tatsächlich beginnen wird, aus der Übereinstimmung in der Abneigung gegen einen verheerenden Krieg nach einem Weg zu suchen, der zu einem gleichmäßigen Abbau der Kriegsrüstungen führt, ist schwer vorauszusagen.

Wie schwer angesichts des auf beiden Seiten vorherrschenden Misstrauens jeder Schritt ist, das hat die Tatsache gezeigt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, die Sowjetunion und Großbritannien um die Jahreswende keine Übereinstimmung erzielt haben, weiter auf nukleare Versuchs-  
explosionen zu verzichten.

Der amerikanische Außenminister Herter hat die Kompliziertheit der internationalen Lage durch die Feststellung gekennzeichnet, das Jahr 1960 werde ein auf außenpolitischem Gebiet ereignisreiches Jahr sein, es müsse aber anerkannt werden, daß - wenn die weltpolitischen Probleme zu einer Lösung gebracht werden sollen - eine solche Lösung nicht leicht zustande komme, sondern vielleicht Generationen brauchen werde.

Man darf wohl annehmen, daß der amerikanische Außenminister seine Worte sorgfältig gewählt hat. Wenn eine Lösung der weltpolitischen Probleme vielleicht Generationen brauchen wird, so bedeutet das, daß keine Seite der anderen die von ihr selbst gewünschte Lösung aufzuzwingen vermag, sondern daß beide Seiten in langwierigen Bemühungen versuchen müssen, Wege zu Lösungen zu finden, die von beiden Seiten anerkannt oder wenigstens für erträglich gehalten werden können.

Für uns Deutsche ist dieser Hinweis des amerikanischen Außenministers um so wesentlicher, als wir selbst darauf angewiesen sind, daß die weltpolitischen Probleme zu einer Lösung gebracht werden. Unser eigenes Problem, das heißt, die Vereinigung unseres im fünfzehnten Jahr nach dem Ende des zweiten Weltkrieges immer noch geteilten Vaterlandes zu einem Deutschland, das in freier Selbstbestimmung seine demokratische Ordnung finden und im Bemühen um gutnachbarliche Verhältnisse seinen Beitrag zur friedlichen Zusammenarbeit aller Völker und Staaten leisten kann, dieses unser eigenes Problem ist nur im gleichzeitigen Bemühen darum zu lösen, daß die weltpolitischen Probleme zu einer Lösung gebracht werden.

Weil wir auf diese Lösung im großen Rahmen angewiesen sind, sollten wir - soweit es in unseren Kräften steht - versuchen, hierzu auch selbst

21. April 1960

beizutragen. Das ist offensichtlich schwer, weil wir Deutschen immer noch und immer wieder von der sowjetischen Politik zu Brüllknaben gemacht werden. Es ist aber auch deshalb schwer, weil wir Deutschen uns noch nicht dazu haben aufraffen können, unser Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten, einschließlich der Sowjetunion, in eine bessere Ordnung zu bringen.

Hier geht es um die Frage, welchen Beitrag die Bundesregierung zur Überwindung der Gegensätze und damit direkt und indirekt zur Vorbereitung der auf uns zukommenden internationalen Konferenzen und Begegnungen von Staatsmännern aus Ost und West zu leisten gedenkt. Bundeskanzler Adenauer hat vor kurzem gesagt, daß niemals ein wirklich gutes, weidlich entspanntes Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion möglich sei, solange diese sich weigert, den Menschen des von ihr beherrschten Teil Deutschlands das Recht zu geben, frei ihre Entscheidung darüber zu treffen, unter welcher sozialen Ordnung sie leben wollen. In diesen Worten des Bundeskanzlers steckt zweifellos ein harter Kern Wahrheit. Aber wir würden uns selbst zur Hoffnungslosigkeit und zur außenpolitischen Bewegungslosigkeit verurteilen, sollten wir nicht dessen ungeachtet alle Anstrengungen machen, das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion und das Verhältnis der Bundesrepublik zu den anderen kommunistisch regierten Staaten Osteuropas schrittweise zu verbessern. Jeder wird verstehen, daß solche Anstrengungen weder mit Liebeserklärungen an die Adresse der Kommunisten, noch mit Verzichtserklärungen auf das Recht der Selbstbestimmungen des deutschen Volkes zu verwechseln sind.

Aber wir Deutschen dürfen es nicht darauf ankommen lassen, daß die Bundesrepublik Teil eines militärischen Bündnissystems ist und diese Tatsache allein unsere außenpolitische Aktivität bestimmt. Schon heute ist leider zu erkennen, daß wir ungeachtet der zahlenmäßigen Bedeutung unseres militärischen Beitrages im nordatlantischen Bündnissystem wenig Aussichten haben, dieses System auch politisch zu Gunsten der Lösung der deutschen Fragen effektiv wirksam werden zu lassen. Es würde sich schließlich als schwerer Fehler erweisen, wenn wir nicht endlich den Mut und die Wege dazu finden, auch unser Verhältnis zum Osten in Ordnung zu bringen. Es wird sowieso bedeutend schwieriger sein, als die vorangegangene Ordnung unseres Verhältnisses zum Westen.

Der Bundesverteidigungsminister mag mit seiner Ansicht recht haben, daß es zu einer wirklichen Harmonie zwischen der führenden Staatsmännern der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion nicht kommen kann, solange die gegensätzlichen politischen Ansichten über grundlegende Fragen des Zusammenlebens nicht überwunden werden können. Aber es wäre kurzsichtig, daran vorbeisehen zu wollen, daß es in den Fragen der Rüstungsbegrenzung durchaus Möglichkeiten zur schrittweisen Verständigung zwischen den Großmächten geben kann. Bonn dagegen rüstet weiter auf, lehnt die Überprüfung von Vorschlägen zu deutschen Abrüstungsinitiativen ab und verbaut damit den Weg zur internationalen Diskussion über regionale Rüstungsbegrenzungen, die natürlich in Ost und West gleichermaßen zu erfolgen hätten. Damit bleibt das Terrain für einen deutschen Beitrag auf den jetzigen politischen und militärischen Zustand in Europa begrenzt.

Niemand, auch nicht die sozialdemokratische Opposition in der Bundesrepublik, wird von der Bundesregierung Alleingänge nach Moskau erwarten oder begehren. Niemand wird die Bundesregierung deshalb tadeln, weil sie sich nicht aus der Reihe der westlichen Vertragspartner entfernen will. Aber es wird eine Zeit kommen, in der es kaum jemand verstanden wird, daß die Bundesregierung nicht mehr getan hat, um der drohenden Gefahr des von Ulbricht sehnlich gewünschten Sonderfriedensabkommens zwischen der Sowjetregierung und der Regierung Grotewohl-Ulbricht entgegenzuwirken. Vielleicht könnte schon die konsequente Behandlung des Abrü-

21. April 1960

stungsthema durch die Bundesregierung diese Gefahr bannen helfen. Es sollte jedenfalls versucht werden. Man sollte bei uns aus den Jahren 1952 bis 1955 lernen, in denen man leider gemeint hat, sowjetische Ankündigungen oder Vorschläge nicht erst am Verhandlungstisch prüfen zu brauchen, weil man annahm, es würden ihnen günstigere Vorschläge nach folgen.

+ + +

### Ohne Illusionen

sp - Die Flüchtlingswelle aus der SBZ nach der Bundesrepublik hält an. Vom 11. bis zum 19. April haben insgesamt 7 217 Flüchtlinge in Marienfelde um Notaufnahme gebeten. Die meisten von ihnen sind Bauern und Handwerker mit ihren Familien. Viele hoffen wohl darauf, daß sie sich in der Bundesrepublik bald wieder eine selbständige Existenz aufbauen können.

Nun hat Staatssekretär Nahn vom Bundesvertriebenenministerium erklärt, noch seien in der Bundesrepublik 70 000 vertriebene Bauern ohne Land, und von den vertriebenen Handwerkern sei jeder Dritte nicht wieder selbständig geworden. Nahn sprach von einer gesellschaftlichen Krise, die in wenigen Wochen entstehen könne, wenn die Flüchtlinge vom Westen enttäuscht würden.

Das ist ein sehr ernstes Wort. Es geht nicht nur alle verantwortlichen Stellen des Bundes und der Länder, der Landwirtschaftlichen und Handwerkerorganisationen an; die gesamte deutsche Öffentlichkeit, aber auch die mit der Bundesrepublik befreundeten Staaten sollten es als einen Alarmruf betrachten. Ohne Zweifel hat Staatssekretär Nahn mit seiner Warnung auch jenen Kräften entgegenwirken wollen, die leichtfertig genug sind, um in ihren Propagandaaktionen den bedrängten Menschen in der Zone Illusionen über die realen Möglichkeiten einer neuen Existenzgründung im Bundesgebiet zu machen. Der Westen muß sich darüber klar sein, daß enttäuschte Flüchtlinge aus den von Kommunisten beherrschten Ländern uns allen Vorwürfe machen, wenn es nicht gelingt, ihnen schnell und wirkungsvoll zu helfen. Die Tragödie vieler ungarischer Flüchtlinge, die nach dem Aufstand hoffnungsfreudig zu uns kamen, spricht eine beredte Sprache.

Deshalb: Protestaktionen gegen Ulbricht allein genügen nicht. Sie können dazu beitragen, das Gewissen der freien Welt aufzurütteln. Entscheidend aber wird die helfende Tat sein, zu der sich der Westen aufraffen muß.

+ + +

Mit zweierlei Mass

I.D. - Kein Zweifel, alle anständigen Demokraten in der Bundesrepublik haben aufgetobt, als Herr Oberländer, den selbst der Kanzler als "tiefbraun" bezeichnet hat, endlich dem Ministerposten entsagte. Nun steht ihm allerdings entsprechend seinem Alter und seiner Dienstleistung eine Ministerpension von immerhin monatlich 3000,-- DM zu. Zusätzlich bezieht der ehemalige Minister seine Abgeordnetenentschädigung von 2000,-- DM. Selbst wenn er 1961 auf sein Mandat verzichtet, ist heute schon für seine Zukunft durch einen Forschungsauftrag gesorgt.

Mancheiner würde dieser Regelung sicher mehr Verständnis entgegenbringen, wenn zur gleichen Zeit den Opfern eben jenes Regimes, dem Herr Oberländer treu ergeben war, zumindest die gleiche Großzügigkeit gewährt würde. Die Wiedergutmachung, die zwar niemals als wahrhafte Abgeltung der den Opfern des Faschismus zugefügten Leiden angesehen werden kann, wird dennoch im Prinzip als Versuch der Abdeckung einer Schuld anerkannt. Man kann sich jedoch vielfach nicht des Verdachtes erwehren, dass diejenigen, die über die Wiedergutmachungsleistungen zu bestimmen haben, darauf trainiert worden sind, so kleinlich wie möglich zu entscheiden.

Man hat es längst aufgegeben, sich darüber zu entrüsten, wenn ein Entschädigungsamt exakte Zeichnungen von Schmuckstücken verlangt, die 1938 auf Anordnung an die nazistischen Machthaber abzuliefern gewesen sind. Der Hinweis auf die Strafbarmachung im Falle von falschen Angaben kann nur noch ein mitleidiges Lächeln für diejenigen entlocken, die solche unsinnigen Verordnungen erlassen. Es ist gut, wenn auch als bedenkliches Zeichen zu werten, daß man sich nicht mehr aufregen kann, wenn es in einem Wiedergutmachungsbescheid heisst, der Antrag auf Zahlung von 1,-- DM pro Tag der Illegalität (eine Gesamtsumme von 837,--DM) als Entgelt für übernächtige Zahlungen zum Erwerb von Lebensmitteln wird abgelehnt, da der Antragstellerin dadurch kaum Vermögensschaden erwachsen sein kann. Eine derartige Begründung zeugt nicht nur von der Gleichgültigkeit des entscheidenden Beamten, sich das

illegale Leben in der Hitlerzeit auch nur vorzustellen, sondern er ist auch Beweis vom schlechten Willen.

Für die in den Jahren 1940 bis 1943 zu viel entrichteten Sozialabgaben, als laut Gesetz Juden und Zigeuner 15 Prozent ihres Lohnes vorenthalten wurde, sind einem Antragsteller 81,19 DM überwiesen worden. Die Zahlung erfolgte im Verhältnis 10:2.

Nun, das sind Kleinigkeiten. Schlimmer ist es, wenn eine Antragstellerin in den Konflikt kommt, ob sie nicht dem Entschädigungsamt den gleichen Trick vorzuspielen gezwungen ist wie einst den Nazis. Die Antragstellerin hatte sich, um sich der berückichtigten Zwangsarbeit bei den I.G. Farben zu entziehen, eine Knieverletzung beigebracht, die sie je nach Witterung und Belastung ihr ganzes Leben lang spüren wird. Das Entschädigungsamt erkannte diese Tatsache zunächst an. Nach zweijähriger Rentenzahlung verlangte das Entschädigungsamt eine Nachuntersuchung. Mit Hilfe von 13 Röntgenaufnahmen und der Bemühung von zwei leitenden Ärzten wurde die Erwerbsunfähigkeit als so vermindert entschieden, daß die Rentenzahlung eingestellt werden konnte. Es wäre der Antragstellerin leicht gefallen, ihr Leiden in vollem Umfang zu demonstrieren, hätte sie nur den Widerwillen überwinden können, sich jetzt der gleichen Mittel zu bedienen wie im Unrechtsstaat Hitlers.

Einem anderen Antragsteller, der sich als Folge der Aufregungen in der Hitlerzeit ein sehr schweres Herzleiden zuzog, wurde trotz voller Invalidität der niedrigste Rentensatz zugbilligt, weil er sich das Leiden auch in der britischen Armee zugezogen haben könnte. Er war in Palästina in die Armee eingetreten, weil es die letzte Zuflucht der Juden gegen die vordringende Rommel-Armee zu verteidigen galt.

Solche Entscheidungen haben zur Folge, daß eine Frau, deren Erblindung bevorsteht, weil sich heute der Mangel an Vitaminen in der ihr zur Verfügung stehenden, fast unverdaulichen Kost während ihrer Illegalität auswirkt, es ablehnt, dafür Wiedergutmachung zu beantragen. Sie erklärte, nicht mehr die Kraft zu haben, um den dazu erforderlichen langwierigen Untersuchungen standzuhalten und dann noch gewärtig zu sein eine entsprechende Rentenzahlung aus irgendeinem fadenscheinigen Grunde abgelehnt zu bekommen.

Diese und ähnliche Überlegungen sind ein Gradmesser für das mangelnde Vertrauen, das viele Opfer des Faschismus in die demokratische Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik haben. Kein Wunder, wenn einem Mann, der "tiefbraun" war, eine monatliche Rente von DM 3.300,- gewährt wird. Die Höchstreute für ein Opfer des Faschismus, der also Vollinvalid sein muß, beträgt nur DM 600.--! + + +

## Von Kiel nach Karlsruhe

Von Franz Rarsig

"Natürlich wird der CDU-Parteitag rednerische Attraktionen bieten. Aber nicht vorgesehen sind die Diskussionen eines neuen Programms, die Behandlung der kulturpolitischen Probleme und Satzungsänderungen. Der Parteitag wird also gerade von dem nichts bringen, was ein großer Teil der Öffentlichkeit von ihm erwartet."

Diese Vorkritik zum 9. Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe in der kommenden Woche stammt nicht aus sozialdemokratischer Feder, sie ist nachzulesen in der Monatsschrift "Die politische Meinung", von der man - ohne daß man ihr zu nahe tritt - sagen kann, daß sie so etwa wie ein ideologisches Organ der CDU ist. Wenn also selbst die CDU wenig Hoffnung auf den eigenen Parteitag setzt, wie sollen es andere dann tun?

Trotzdem wird die SPD dieser Veranstaltung der größten Regierungspartei mit Interesse folgen. Nicht so sehr auf dem Gebiet der Außenpolitik, denn hier hat noch nie ein Parteitag der CDU Meilensteine gesetzt. Es wird sich aber in Karlsruhe zeigen müssen, ob der Weg, den die CDU in Kiel auf ihrem 8. Bundesparteitag im September 1958 begonnen hat, fortgesetzt werden soll, oder ob es dem sogenannten linken Flügel gelingt, vor allem nach dem Christlich-Sozialen-Arbeitnehmerkongreß in Köln, für seine Auffassungen Resonanz zu finden. Allzuviel Hoffnungen sollte man nach den Kieler Erfahrungen darauf nicht setzen. Schon Kiel hat nämlich bewiesen, daß diese Kräfte eine hoffnungslose Minderheit innerhalb der CDU darstellen und daß sie nur noch geduldet werden, weil man sie entweder als Aushängeschild oder als Prügelknaben für gewisse Teile der Wählerschaft an Rhein und Ruhr braucht.

Die Niederlage der Männer in den Sozialausschüssen hat ja in Kiel nicht mit der Bestätigung des Gerstenmaier-Referates begonnen, sondern bei einer Geschäftsordnungsabstimmung wurde demonstriert, daß sie nichts zu bestellen haben. Der gewiß honorierte Abgeordnete Albers stellte damals den Antrag, den Bundesparteiausschuß zu ermächtigen, zu den bisherigen geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern weitere Mitglieder für besondere Aufgaben hinzuzuwählen. Trotz dieser Verklammerung wußte damals jeder, daß die Sozialausschüsse einen Mann ihres Vertrauens in den Vorstand haben wollten. Der nordrheinwestfälische Ministerpräsident Meyers war es damals, der den Antrag kühl abschmiedete und ihn an ein Gremium verwies, in dem sämtliche Landesverbände vertreten sein sollten. Tröstend meinte er zu Albers, daß man die endgültige Formulierung bei der Neuordnung des Statuts vornehmen könnte, und es half nichts, daß Albers noch einmal beschwor, daß das, "was die Arbeiterschaft in den nächsten Wochen und Monaten zu tun habe, endlich eine entsprechende Unterstützung in der Parteispitze finden muß."

Die CDU-Sozialausschüsse warten heute noch darauf, daß sich das damals bestellte Gremium mit ihrem Antrag befaßt, geschweige sind sie in die Parteispitze vorgedrungen.

Nach dieser Niederlage war es dann ein Leichtes - im Protokoll liegen nur fünf Seiten dazwischen -, wenn Dr. Gerstenmaier die Frage an die Partei stellen konnte, ob der Bürger auch einen verbürgten Anspruch auf die Sicherheit seiner materiellen und sozialen Existenz an die im Staat präsenste Allgemeinheit hat. Und wieder sechs Seiten später wird diese Frage mit dem berücht gewordenen Satz beantwortet, daß die Grenzen des sozialen Rechtsstaates nach der Leistungsseite erreicht sind.

Es half dann wenig, wen. Arndgen und Katzer sich gegen diesen Satz verwahrten und protestierten, daß sich das gesellschaftliche Leitbild der CDU von Humboldt und Friedrich Naumann ableiten ließe. Sie beschworen vergeblich die Quadregesimo ante, den Bischof Kettler, Kolping und Wiechern. Ihre Niederlage war canehin besiegt.

In der Zwischenzeit haben wir und auch die Sozialausschüsse der CDU deutlich genug erlebt, was der Satz von Gerstenmaier in der Praxis bedeutet hat. Die Kriegsoffer wurden benachteiligt, die Mittel für den sozialen Wohnungsbau gekürzt, und aus diesem Geist stammt auch der Anschlag, den Theodor Blank mit der Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung auf die Millionen von Versicherten verüben will.

Der linke Flügel hat sich dieser Entwicklung nicht entgegenstemmen können. Im Gegenteil, man hat resigniert und brav mit der Mehrheit gestimmt, wenn es galt, Anträge abzulehnen, die von der SPD gestellt wurden und im Grunde genommen von den sogenannten Linken in der CDU hätten angenommen werden müssen. Das war bei der Kindergeldgesetzgebung so, das war beim Rentenanpassungsgesetz der Fall, bei der Kriegsofferversorgung ebenso wie beim Kartellgesetz und den Privatisierungsvorlagen der Bundesregierung. Anhand der namentlichen Abstimmungen kann das, wenn es die Sozialausschüsse wünschen, bis ins Detail nachgewiesen werden.

Aber nun war ja in Köln der schon erwähnte Christlich-Soziale Arbeitnehmerkongreß, und man wird abwarten müssen, ob die Reden und Beschlüsse, die dort gefaßt wurden, sich in Karlsruhe auswirken, oder ob man wieder so blamable Niederlagen wie in Kiel hinnimmt. Wir wollen sehen, ob Herr Katzer in Karlsruhe wie vorher in Köln die These vom Familienausgleich und vom Familienlohn vertritt, ob er sich auch dort gegen den teilweisen Abbau und die Aushöhlung der Mitbestimmung zur Wehr setzt, ob er noch den Mut hat, für die Reform des Aktienrechtsgesetzes einzutreten, das Verbot der Preisbindung zweiter Hand zu fordern, ob wirklich die Forderung unverzichtbar bleibt, über den Konsumlohn hinaus die Arbeiter und Angestellten am Ertrag der Unternehmungen zu beteiligen, die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle auch für Arbeiter zu fordern usw. usw.

Vielleicht noch interessanter wird es sein zu beobachten, wie der CDU-Parteitag über den so schönen Satz von Herrn Katzer denkt, daß das Ahlener Programm keine Jugendsünde der CDU war. Dieses Programm, das formell niemals und von keinem Gremium außer Kraft gesetzt worden ist, ist zwar schon von Gerstenmaier in Kiel endgültig begraben worden, aber wir wollen in Karlsruhe sehen, ob es nun eine Jugendsünde oder ein legitimes Kind war.

Nach dem Kieler Parteitag haben wir es erlebt, wie in die Praxis übersetzt Gerstenmaiers Referat sich ausgewirkt hat. Wir wollen sehen, welchen neuen Leitsatz Karlsruhe prägt.

Die schon zitierte "Politische Meinung" sagt in ihrer Vorschau, daß Karlsruhe zu einem Begräbnis weiter gespannter Reformpläne werden wird. Das mag so sein, aber es ist wichtig zu wissen, wer bei diesem Begräbnis die Leiche und wer den Totengräber stellt.



## 250 Atomkraftwerke

sp - 250 Atomkraftwerke braucht Westeuropa nach Angaben der Euratom-Kommission bis zum Jahre 1980. Diese Atomkraftwerke sollen in zwanzig Jahren den Energiebedarf von etwa 940 Millionen Kilowatt decken. Das ist etwas mehr als das Doppelte des heutigen Energiebedarfs in Westeuropa.

Die Euratom-Kommission schlägt den westeuropäischen Staaten ein langfristiges Planungsprogramm vor, das über den Bau von vier europäischen Atomforschungszentren, der gemeinsamen Ausbildung von Wissenschaftlern, bis zur Planung einer engeren Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Kanada geht. Die Frage der Kapitalinvestitionen soll mit Hilfe von Staatsbürgschaften über Privatfirmen geregelt werden.

Dieses gigantische Projekt setzt natürlich voraus, daß der in den westeuropäischen Staaten angewandte Grundsatz liberaler Wirtschaftsvorstellungen zum Teil aufgegeben wird. Wenn die Euratom-Mitglieder den Vorschlägen der Kommission folgen, werden sie auch gleichzeitig gezwungen sein, einen großen Teil ihres nationalen Energiebedarfs mit der internationalen Gesamtplanung der Wirtschaft zu koordinieren. Denn Industrie-Investitionen in den nächsten zwanzig Jahren ohne die gleichzeitige Abstimmung auf die Planung der Energieerzeugung würden ein unbeschreibliches Durcheinander in der Wirtschaft zur Folge haben.

Dieses Beispiel zeigt, daß sich die sogenannte kapitalistische Wirtschaft an entscheidenden Wendepunkten ihrer Entwicklung zur Planung durchringen muß, wenn sie nicht ins Blaue hinein investieren will.

Damit fällt ein erheblicher Teil der Einwände privatkapitalistischer Wirtschaftsfachleute gegenüber der Notwendigkeit einer vorausschauenden Planung fort. Die riesigen neu entstehenden Energie-Erzeugungskomplexe werden nur dann national arbeiten können, wenn ihre absolute Koordination mit der übrigen Wirtschaft gewährleistet ist. Das Eigentum an ihnen wird von den Parlamenten oder anderen Institutionen kontrolliert werden müssen, da anderenfalls die private Beherrschung der Energie-Erzeugung zu unvorstellbarer Machtfülle und damit auch zur Gefahr des Machtmissbrauchs führt.

Warum wir darauf hinweisen? - Weil die SPD in ihrem Goëssberger Grundsatzprogramm, eine solche Entwicklung vorausschauend, das Prinzip der Kontrolle der Wirtschaft zu einem der wichtigsten Elemente des demokratischen Staates erklärt hat.

+ + +

Verantwortlich: Günter Merkscheffel